

Arbeitskreis zur Unterstützung der Menschen in der EAE Neustadt/Hessen
aktionsbuendnis-eaeneustadt@riseup.net

Sigrid Falk (Pastorin Uferkirche Marburg)
M. Hero (Medinetz und Asylbegleitung)

und andere

Marburg 12.12.2020

An alle Interessierten und Engagierten

Wir sehen die Menschenrechte der Bewohner*innen, die in der EAE Neustadt/Hessen leben müssen, verletzt.

Durch persönliche Kontakte wurde uns von diesen Missständen erzählt. Diese Kontakte sind entstanden, weil betroffene Menschen unsere Unterstützungsangebote vom Medinetz Marburg e.V.¹, der Asylbegleitung Mittelhessen e.V.² und der Kirche³ in Anspruch genommen haben.

Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind nach den gesetzlichen Regelungen dafür ausgerichtet, dass in weniger als 6 Monaten der Antrag auf Asyl gestellt werden und Menschen mit geringen Aussichten auf Asyl abgeschoben werden können.

Die Situation in der EAE Neustadt/Hessen ist im Dezember 2020 schlimmer als je zuvor.

Bewohner*innen berichten davon, dass sie in der Wohnsituation keinen Abstand zu anderen Bewohner*innen einhalten können, um sich und andere vor einer Covid 19 Infektion zu schützen. Sie benutzen gemeinsame Sanitärräume und Küchen. Darunter leidet die Privatsphäre, weil es keine Rückzugsmöglichkeiten oder Schutzräume gibt.

Wir erwarten eine unverzügliche Unterbringung der Menschen in kleinen Einheiten.

Außerdem werden die Interviews zur Anhörung im Asylverfahren nicht durchgeführt. Dies sei „aufgrund der pandemischen Lage“ nicht möglich und auch ein Zeitpunkt, zu dem dies voraussichtlich stattfinden kann, wird nicht genannt. Das BAMF wehrt Anfragen ab und fordert die Betroffenen auf keine weiteren Nachfragen zu stellen (ein Brief vom BAMF liegt vor). Die Bewohner*innen warten zum Teil seit Februar dieses Jahres auf das Interview.

Die Erstaufnahmeeinrichtung ist dafür ausgerichtet, die Aussicht auf ein Asylverfahren zu klären und die Menschen in kurzer Zeit – innerhalb einiger Wochen bis max. 6 Monaten – in kleinere Unterkünfte in den Kommunen zu verlegen.

Wir erwarten eine sofortige Aufnahme der Interviews vom BAMF, damit die Bewohner*innen das ihnen zustehende Asylverfahren bekommen.

Seit dem 12.11.2020 hat es innerhalb der EAE Neustadt viele Covid 19 Infektionen gegeben. Von den etwa 600 Bewohner*innen⁴ waren ungefähr ein Drittel betroffen.

Diejenigen, die positiv getestet waren und ihre Quarantäne beendet haben, dürfen das Gelände verlassen, weil bei ihnen eine Immunität angenommen wird. Andere müssen drei negative Tests nachweisen, bevor sie sich wieder frei bewegen dürfen. In dieser Zeit leben sie in der Einrichtung, die keinen effektiven Schutz vor Ansteckung bietet. Dies zeigen auch die Infektionen, die bei den Nachtstungen sichtbar werden.

Das Leben in der Unterkunft mit vielen Personen ist für alle mit einem hohen Infektionsrisiko verbunden und damit insbesondere für Menschen mit Vorerkrankungen nicht zumutbar. Die weitgehende Abschottung der EAE Neustadt besteht inzwischen seit vier Wochen, d.h. dass negativ Getestete das Gelände nicht verlassen dürfen.

Ihre Testergebnisse bekommen Bewohner*innen mündlich mitgeteilt, eine Befundkopie erhalten sie nicht.

1 Das Medinetz ermöglicht medizinische Versorgung für Menschen, die keinen Zugang zum gesetzlichen Krankenversicherungssystem haben.

2 Die Asylbegleitung hat u.a. ein ehrenamtliches Projekt für Schulunterricht in der EAE ins Leben gerufen (dies kann während der Pandemie nicht stattfinden)

3 Die Uferkirche Marburg hat ein Angebot für farsisprachige Menschen.

4 Diese Zahl beruht auf Erinnerung und einen Zeitungsartikel von Anfang November. Konkrete Zahlen werden wir noch weitergehend ermitteln.

Die Menschen sind von anderen Menschen abgeschottet, haben keinen persönlichen Zugang zu anderen Menschen ihres Vertrauens oder Hilfsangeboten. Informationen werden an sie nur sparsam verteilt. Die Öffentlichkeit erfährt davon nichts.

Wir erwarten einen nach innen und außen transparenten und menschlichen Umgang mit der Pandemie in der EAE Neustadt/Hessen.

Außerdem ist die medizinische Versorgung unzureichend. Uns erreichen immer wieder Anfragen von Bewohner*innen, die unter akuten oder chronischen Beschwerden leiden und keine ausreichende Behandlung bekommen. Traumatisierte Menschen bekommen nur teilweise und in Akutsituationen psychologische Hilfe in der stationären Psychiatrie, darüber hinaus erhalten sie keine adäquate Behandlung. Oft bekommen die Betroffenen lediglich eine medikamentöse Behandlung, anstatt Ursachen der Symptome zu therapieren.

Wir erwarten eine ausreichende medizinische Versorgung der Asylsuchenden, so wie sie allen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zusteht.

Auch viele Kinder leben in der Erstaufnahmeeinrichtung, davon ist ein Großteil schulpflichtig. Seit August 2019 gab es keinen Schulunterricht für sie, seit Februar 2020 wurden wieder knapp die Hälfte der Kinder unterrichtet. Ob und wie das in den letzten Monaten weitergeführt wurde, ist jedoch unklar. Es werden nicht alle Kinder im schulpflichtigen Alter beschult, auch wenn sie mehrere Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind. Wie viele Kinder zur Zeit tatsächlich in der EAE Neustadt leben, ist uns nicht bekannt.

Wir erwarten, dass allen schulpflichtigen Kindern Schulbildung ermöglicht wird.

Die Menschen in der EAE Neustadt haben seit Monaten keinen Kontakt zu ehrenamtlich tätigen Menschen aus der Umgebung. Es gibt keine Vertretung, die die Interessen der Bewohner*innen vertritt und für sie einsteht. Sie erfahren sich als rechtlos und ausgeliefert in einem intransparenten System, das schwer verständlich und für sie nicht nachvollziehbar ist. Die Stelle für die Ehrenamtskoordination in der EAE Neustadt fiel fast das komplette Jahr 2020 weg und wurde erst kürzlich wieder besetzt.

Wir erwarten, dass Möglichkeiten der Selbstvertretung geschaffen werden und Zugang von Ehrenamtlichen ermöglicht wird.

Alle Interessierten bitten wir, diese Informationen zu verbreiten und sich dafür einzusetzen, dass die Missstände behoben werden.

Bitte melden Sie sich zur Mitunterzeichnung zurück, sodass wir mehr Druck ausüben können.

Unser Anliegen bringen wir an die Verantwortlichen in der Politik und an das in Hessen zuständige Regierungspräsidium Gießen mit der Erwartung, dass zeitnah gehandelt wird.

Wir werden auf die Missstände in der Öffentlichkeit durch verschiedene Medien aufmerksam machen.

Für den Arbeitskreis

M. Hero (Medinetz und Asylbegleitung)
und S. Falk (Uferkirche Marburg)